

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN (empfohlen von der FEDAMO)

Allgemeines:

Die zwischen der Gesellschaft MECAN S.A. – im Folgenden „die Gesellschaft“ oder „der Verkäufer“ einerseits und dem „Kunden“ oder „dem Käufer“ andererseits abgeschlossenen Verkäufe und Lieferungen von Neu- und Gebrauchtfahrzeugen und Zubehörteilen werden zu den im Folgenden aufgeführten allgemeinen Geschäftsbedingungen unter Ausschluss aller anderen Bedingungen durchgeführt, es sei denn, es wurde eine schriftliche und von der Gesellschaft unterzeichnete Vereinbarung getroffen.

Diese allgemeinen Geschäftsbedingungen können auf der offiziellen Website der Gesellschaft, die auf ihren Geschäftsunterlagen angegeben ist, eingesehen werden.

Reparaturen und Wartungsarbeiten an den gekauften Fahrzeugen werden nach der Lieferung gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen „Reparatur“ durchgeführt, von denen der Käufer erklärt, dass sie ihm ausgehandelt wurden und er sie folglich akzeptiert.

Vertragsbildung

Das von der Gesellschaft ausgestellte Angebot ist während einer Frist von einem Monat ab seiner Ausstellung gültig und unterliegt den vorliegenden allgemeinen Geschäftsbedingungen. Die Gesellschaft kann die vorliegenden allgemeinen Geschäftsbedingungen bis zur Annahme des Angebots unter der Bedingung ändern, dass sie den Kunden davon in Kenntnis setzt, ohne dass dies eine Verlängerung der Gültigkeit des Angebots mit sich bringt.

Die für den Verkauf geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen sind die, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Kaufvertrags gültig sind.

Die vom Unternehmen ausgestellten Preisangebote sind für das Unternehmen erst nach Unterzeichnung eines Auftrags Scheins verbindlich, der als Annahme durch den Kunden gilt. Durch die Annahme des Angebots oder die Unterzeichnung des Auftrags Scheins erteilt der Kunde einen endgültigen und unwiderruflichen Auftrag.

Artikel 1 - Lieferfrist und Lieferort, Gefahrenübergang

1. Die im Kaufvertrag angegebene Lieferfrist, auch wenn sie unter Bezugnahme auf ein bestimmtes Datum formuliert ist, ist nur als unverbindlich zu verstehen. Der Käufer ist sich bewusst, dass der Verkäufer von externen und nicht zurechenbaren Einschränkungen und Bedingungen abhängt, wie z. B. der Fertigung der Fahrzeuge, der Verfügbarkeit von Materialien und Teilen, der Einfuhr und Zollabfertigung usw., Faktoren, die alle die Lieferfrist beeinflussen und zu deren Verschiebung führen können.
2. Die Lieferfrist beginnt am Tag nach der Unterzeichnung des Kaufvertrags durch den Käufer, sofern nichts anderes vereinbart wurde. Diese Frist wird jedoch im Falle eines Finanzierungsantrags beim Verkäufer oder einem mit dem Verkäufer verbundenen Unternehmen ausgesetzt, und zwar bis zum Datum der Bewilligung oder Ablehnung der Finanzierung.

- 3.1 Die Nichtlieferung innerhalb der als unverbindlich angegebenen Frist berechtigt weder zur Auflösung des Kaufvertrags über das Fahrzeug noch zu einer Preisminderung oder zu Schadensersatzansprüchen.

- 3.2 Wenn der Verkäufer die angegebene Lieferfrist nicht einhalten kann, informiert er den Käufer unverzüglich per Einschreiben oder auf anderem Wege, z. B. per Telefon, E-Mail usw. über die Gründe für die Verzögerung und die mögliche neue Lieferfrist, sofern diese bekannt ist. Dem Käufer kann ohne Anspruch auf Schadensersatz und auf Vertragsauflösung eine Verlängerung der Lieferfrist auferlegt werden.

Nur wenn diese neue verlängerte Frist überschritten wird und der Verkäufer seiner Pflicht zur Mitteilung der Fristverlängerung nicht nachkommt, kann der Käufer den Vertrag per Einschreiben ohne vorherige Inverzugsetzung kündigen.

Im Falle einer Kündigung wird eine eventuell bereits geleistete Anzahlung innerhalb von 8 Kalendertagen nach Erhalt der Mitteilung über diese Kündigung zurückerstattet.

4. Wenn der Käufer vom Vertrag zurücktritt oder das Fahrzeug nicht innerhalb von 10 Tagen ab dem Datum, an dem er schriftlich dazu aufgefordert wurde, annimmt, es sei denn, der Käufer beweist, dass die Nichtannahme des Fahrzeugs auf höhere Gewalt zurückzuführen ist, hat der Verkäufer ohne vorherige Inverzugsetzung das Recht, den Verkauf mit sofortiger Wirkung per Einschreiben an den Käufer aufzulösen und über das Fahrzeug nach eigenem Ermessen zu verfügen. In diesem Fall der Auflösung des Kaufvertrags durch den Käufer ist der Verkäufer berechtigt, als Strafklausel vom Käufer, der diese durch die Einhaltung der vorliegenden Bedingungen akzeptiert, die Zahlung einer Pauschalentschädigung in Höhe von 20 % des Gesamtverkaufspreises des Fahrzeugs einschließlich aller bestellten Optionen zu verlangen. Wenn der Verkäufer durch besondere Umstände nachweist, dass er durch die Stornierung des Verkaufs einen höheren Schaden erlitten hat, kann er vom Käufer die Zahlung einer Entschädigung verlangen, die mehr als 20 % des Verkaufspreises beträgt.

Falls der Käufer eine Anzahlung auf den Kaufpreis geleistet hat, kann diese vom Verkäufer in entsprechender Höhe durch Verrechnung zur Zahlung der oben genannten Entschädigung einbehalten werden.

Der Käufer erteilt dem Verkäufer hiermit den formellen und unwiderruflichen Auftrag, in seinem Namen alle Übertragungserklärungen zu unterzeichnen, die notwendig sind, um die Stornierung des Verkaufs wirksam werden zu lassen, insbesondere alle Erklärungen gegenüber der Zulassungsstelle zu unterzeichnen.

5. Sollte der Bau des bestellten Fahrzeugs vom Hersteller aufgebrochen werden, eine Tatsache, die sich dem Verkäufer als höhere Gewalt auferlegt, wird der Vertrag mit dem Käufer von Rechts wegen aufgelöst, ohne dass dem Käufer ein Anspruch auf Entschädigung zusteht. In diesem Fall werden alle Beträge, die der Käufer dem Verkäufer bereits gezahlt hat, innerhalb von acht Tagen nach der endgültigen Bestätigung des Herstellers über die Einstellung der Produktion zurückerstattet.

6. Sofern nicht schriftlich etwas anderes zwischen den Parteien vereinbart wurde, ist der Ort der Lieferung des Fahrzeugs der Sitz des Verkäufers.

7. Der Käufer trägt ab dem Zeitpunkt der tatsächlichen Lieferung alle Risiken in Bezug auf das Fahrzeug.

Artikel 2 - Preis

- 2.1. Der dem Käufer angegebene Verkaufspreis des Fahrzeugs ist der Preis einschließlich Mehrwertsteuer und aller Nebenabgaben. Der Mehrwertsteuersatz ist der Satz, der gemäß den am Tag der Lieferung und der Rechnungsstellung des Verkaufspreises geltenden Vorschriften anwendbar ist.
- 2.2. Die im Kaufvertrag angegebenen Preise ohne Steuern dürfen unbenommen der Anwendung der folgenden Bestimmungen nicht erhöht werden.
- 2.3. Der Verkäufer kann den vereinbarten Preis entsprechend der Entwicklung des Markt-

preises erhöhen, insbesondere wenn sich seit der Bestellung die Einkaufsbedingungen, die dem Verkäufer vom Hersteller, Importeur oder Händler der Marke des gekauften Fahrzeugs auferlegt werden, geändert haben. Sollte der vereinbarte Preis somit erhöht werden, ist der Verkäufer verpflichtet, den Käufer unverzüglich per Einschreiben darüber zu informieren, wobei der Betrag der empfohlenen Erhöhung und die Umstände, die zu dieser Erhöhung geführt haben, darin angegeben werden müssen. Der Käufer hat das Recht, den Vertrag aufzulösen, falls diese Anpassung eine Erhöhung des im Vertrag aufgeführten Gesamtpreises um mehr als 5 % beinhalten würde. Eine solche Auflösung führt weder für den Verkäufer noch für den Käufer zu einem Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz jeglicher Art.

Der Käufer, der die Preiserhöhung um mehr als 5 % auf den vereinbarten Preis nicht akzeptiert, ist verpflichtet, den Kaufvertrag innerhalb von zehn Kalendertagen nach Erhalt der Mitteilung über die Preiserhöhung per Einschreiben aufzulösen. In diesem Fall erhält der Käufer die Anzahlung ohne Zinsen, ohne Kosten und ohne jegliche Entschädigung zurück. Nach Ablauf dieser Frist wird davon ausgegangen, dass der Käufer diese Preiserhöhung akzeptiert hat und der Vertrag zu dem so erhöhten Preis als geschlossen gilt.

Im Falle einer Auflösung des Vertrags als Folge einer solchen Preiserhöhung wird die vom Käufer gegebenenfalls geleistete Anzahlung innerhalb von acht Kalendertagen nach Erhalt des Auflösungs Schreibens des Käufers zurückerstattet.

- 2.4. Wenn die ursprünglich vereinbarte Lieferfrist allein durch die Schuld des Verkäufers überschritten wird, darf der vereinbarte Preis ohne Steuern aufgrund dieser Fristverlängerung nicht erhöht werden, falls diese zu einer dem Verkäufer auferlegten Erhöhung des Kaufpreises für das Auto führen würde.
- 2.5. Der Preis für gesetzlich vorgeschriebene Ausrüstungen, die fest angebracht sind, gilt als im angegebenen Preis enthalten.
- 2.6. Alle Steuern, die nach luxemburgischem Recht auf den Verkauf erhoben werden, einschließlich der Zulassungsgebühren, gehen zulasten des Käufers.
- 2.7. Der Käufer erklärt sich damit einverstanden, dass der Verkäufer bzw. der Hersteller ohne Anspruch auf Entschädigung zu seinen Gunsten Änderungen an den technischen Merkmalen und/oder an der Leistungsfähigkeit des gekauften Fahrzeugmodells vornimmt, sofern solche Änderungen aufgrund technischer Anforderungen oder Verbesserungen, die der Sicherheit und/oder dem Komfort des Fahrzeugs und seiner Handhabung förderlich sind, notwendig oder empfehlenswert sind. Das gelieferte Modell muss jedoch in seinen grundlegenden Merkmalen mit dem bei der Bestellung vorgelegten und beschriebenen Modell identisch bleiben.

Artikel 3 – Bezahlung

- 3.1. Der Verkäufer ist berechtigt, vom Käufer eine Anzahlung auf den Verkaufspreis in Höhe von bis zu 30 % des Verkaufspreises zum Zeitpunkt der Bestellung zu verlangen. Solange diese Anzahlung nicht geleistet wird, ist der Verkäufer nicht verpflichtet, die Bestellung an den Hersteller weiterzuleiten, und die im Kaufvertrag vorgesehene Lieferfrist wird in der Schwebe gehalten oder um die Zeit verlängert, die der Verzögerung des Käufers bei der Zahlung der vereinbarten Anzahlung entspricht.

Wenn die Bezahlung der Anzahlung mehr als zwei Monate über das Datum der Bestellung hinausgeht und nach einer per Einschreiben an den Käufer gerichteten Mahnung, in der ihm eine letzte Frist von acht Kalendertagen zur Zahlung der Anzahlung eingeräumt wird, ist der Verkäufer berechtigt, den Verkauf als durch die Schuld des Käufers aufgelöst zu betrachten. In diesem Fall gilt § 14. der vorliegenden Bedingungen. Der Verkäufer benachrichtigt den Käufer per Einschreiben.

- 3.2. Die Zahlung des gesamten Preises oder des Restbetrags im Falle einer Anzahlung erfolgt sofort zum Zeitpunkt der Lieferung, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde. Der zum oben genannten Termin nicht bezahlte Betrag wird von Rechts wegen und ohne Inverzugsetzung mit dem gesetzlichen Zinssatz gemäß dem „Gesetz vom 18. April 2004 in seiner geänderten Fassung über Zahlungsfristen und Verzugszinsen“ ab der Lieferung oder ab dem Datum der Bereitstellung des Fahrzeugs im Falle der Zurückhaltung des Fahrzeugs durch den Verkäufer aufgrund der Nichtzahlung des Preises verzinst.

- 3.3. Wenn die Zahlung des gesamten Kaufpreises oder des ausstehenden Restbetrags nicht innerhalb von 10 Kalendertagen nach Versand eines Einschreibens an den Käufer erfolgt ist, das als Aufforderung zur Annahme des verkauften Gegenstands und zur Zahlung des Kaufpreises gilt, kann der Verkäufer den Verkauf mit sofortiger Wirkung per Einschreiben an den Käufer auflösen, unbenommen des Rechts des Verkäufers, vom Käufer die Zahlung der oben genannten gesetzlichen Zinsen, der in Klausel 14. vorgesehenen vertraglichen Pauschalentschädigung in Höhe von 20 % des Verkaufspreises zu verlangen, abgesehen von allen eventuellen Inkasso- und Gerichtskosten sowie den eventuellen Kosten für die Wiederzulassung des Fahrzeugs, die zulasten des säumigen Käufers gehen.

- 3.4. Solange der Käufer den Kaufpreis nicht vollständig bezahlt hat, ist der Verkäufer von der Pflicht befreit, das gekaufte Fahrzeug auf den Namen des Käufers oder der von ihm im Kaufvertrag benannten Rechtsform anzumelden. Die sich aus dieser Zulassung ergebende Verzögerung kann dem Verkäufer nicht angelastet werden und kann nicht zu seinem Nachteil als Überschreitung der Lieferfrist geltend gemacht werden.

- 3.5. Das Fahrzeug bleibt Eigentum des Verkäufers bis zur vollständigen Bezahlung des Preises als Hauptschuld, Zinsen und Kosten, ungeachtet anderslautender Angaben in Verwaltungsdokumenten wie Fahrzeugschein, Versicherungsnachweis usw.

Bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises bleibt das Fahrzeug im Besitz des Verkäufers und der Käufer darf weder kostenlos noch entgeltlich darüber verfügen, noch darf er das Fahrzeug verpfänden, verleihen oder vermieten.

- 3.6. Jeder Fehler oder jede Nichtübereinstimmung mit dem Auftrag auf einer Rechnung muss vom Kunden innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt der Rechnung der Gesellschaft unter Verwirklichungsfolge gemeldet werden.

- 3.7. Ab dem Zeitpunkt, zu dem der Verkäufer den Käufer schriftlich (per Brief, E-Mail usw.) über die Bereitstellung des Fahrzeugs informiert, gilt Folgendes für den Käufer, der das Fahrzeug nicht innerhalb von acht (8) Tagen nach dieser Information am vereinbarten Lieferort abholt:

- a. Es kann ihm eine tägliche Parkgebühr für das nicht gelieferte gekaufte Fahrzeug in Höhe von mindestens 80 €, Indexwert 889,52 (Verbraucherindex Basis 100) pro Kalendertag bis zur Abholung des gekauften Fahrzeugs durch den Kunden in Rechnung gestellt werden. Dieser Betrag wird jährlich an die Veränderungen des Verbraucherpreisindex auf der Basis 100 angepasst. Diese Entschädigung gilt als Teil des Verkaufspreises und wird im

Falle der Nichtzahlung dieser Entschädigung gemäß § 3.5 fallig.

- b. Er trägt das alleinige und volle Risiko für die verkaufte Sache und das Fahrzeug bleibt beim Verkäufer oder bei einem von ihm frei bestimmten Dritten auf alleinige Gefahr und Kosten des Käufers garant.

Artikel 4 - Gesetzliche Garantie

- 4.1. Die Klage auf Konformitätsgarantie, die dem Käufer zusteht, ist in den Artikeln L-212-1 ff. des Verbraucherschutzgesetzes geregelt.

Konformitätsmängel des verkauften Gegenstands fallen unter Garantie, sofern der Mangel innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist ab dem Datum der Lieferung des Fahrzeugs angezeigt wird. Alle offensichtlichen Mängel oder Defekte am Fahrzeug sind dem Unternehmen unter Verwirklichungsfolge sofort bei der Lieferung des Fahrzeugs zu bemängeln.

- 4.2. Eine kürzere Garantiezeit, aber auf jeden Fall mindestens ein Jahr, kann vereinbart werden, wenn der Verkauf ein Gebrauchtfahrzeug betrifft. Als Gebrauchtwagen für die Anwendung der Konformitätsgarantie gilt ein Fahrzeug, das vor mehr als einem Jahr erstmals in Verkehr gebracht wurde.

4.3. Haftungsausschlüsse

- 4.3.1. Die Gesellschaft haftet in keinem Fall für indirekte Schäden, die dem Kunden entstehen (z. B. entgangener Gewinn, entgangene Einnahmen usw.).

- 4.3.2. Die Gesellschaft haftet nicht für höhere Gewalt und Ereignisse, die außerhalb seines Einflussbereichs liegen (z. B. Ausfall des Subunternehmers, des Lieferanten, Änderung des Grundvertrags, Naturgewalten, Naturkatastrophen, Überschwemmungen, Pandemien usw.).

- 4.3.3. Die Gesellschaft übernimmt keine Verantwortung für Fehler, die auf ungenaue, unpräzise, unvollständige oder nicht konforme Daten zurückzuführen sind, die vom Kunden oder seinem Vertreter bereitgestellt wurden.

- 4.3.4. Die Gesellschaft übernimmt keine Haftung für die Nutzung des Fahrzeugs, die nicht den Anweisungen und Empfehlungen aus der mitgelieferten Bedienungsanleitung entspricht, sowie für die Nichtbeachtung der Wartungsanweisungen des Herstellers durch den Kunden bei einer von ihm zugelassenen Reparaturwerkstatt.

Artikel 5 - Sogenannte „kaufmännische“ Garantie

Jede konventionelle sogenannte „kaufmännische“ Garantie wird Gegenstand einer separaten schriftlichen Vereinbarung sein.

Artikel 6 - Inzahlungnahme

Die vom Verkäufer in Zahlung genommenen Gebrauchtfahrzeuge werden in dem Zustand zurückgenommen, der in einem von den Parteien unterzeichneten Protokoll festgelegt wurde.

Sofern die Parteien nichts anderes vereinbart haben, ist das Inzahlungnahmefahrzeug am Tag der Lieferung des Neufahrzeugs in dem Zustand zu übergeben, in dem es sich am Tag des Abschlusses des Kaufvertrags befand.

Jede wie auch immer geartete Veränderung des Zustands des Inzahlungnahmefahrzeugs zwischen der Unterzeichnung des widersprüchlichen Protokolls und der Lieferung des Inzahlungnahmefahrzeugs eröffnet dem Verkäufer die Option, entweder die Vereinbarung der Inzahlungnahme zu stornieren und vom Käufer die Zahlung des Inzahlungnahmewerts in Geld zu verlangen oder den vereinbarten Inzahlungnahmepreis entsprechend der Wertminderung des Inzahlungnahmefahrzeugs seit dem Datum des oben genannten widersprüchlichen Protokolls zu reduzieren.

Das Inzahlungnahmefahrzeug muss zum Zeitpunkt der Übernahme sauber und gepflegt sein, damit die Endkontrolle durchgeführt werden kann.

Die Inzahlungnahme des Fahrzeugs kann nur unter der Bedingung erfolgen, dass der Eigentümer bei der Lieferung folgende Elemente bereitstellt: alle Schlüssel des in Zahlung genommenen Fahrzeugs, die Konformitätsbescheinigung, ggf. die Abtretungserklärung (Leasing), beide Teile (gelb und grau) der Zulassungsbescheinigung, den Code für das Radio und den Bordcomputer, das Wartungsheft, das Benutzerhandbuch, das technische Kontrollblatt, ggf. das Telefon, die Felgsicherungs Muttern und die Diebstahlsicherungshülse, das Reserverad, das Warndreieck, das Werkzeug und den Verbandskasten sowie die Zulassungsbescheinigung für zusätzliches Zubehör, die Originalrechnung, die Originalfelgen und ggf. die Winterfelgen. Das Fehlen eines oder mehrerer dieser Elemente, die integraler und notwendiger Bestandteil der Inzahlungnahme sind, berechtigt den Verkäufer, diese zu verweigern und sich für die Anwendung von Absatz 3 zu entscheiden.

Artikel 7 - Teilweise Gültigkeit der Geschäftsbedingungen

- 7.1. Die Nichtigkeit oder Nichtdurchsetzbarkeit eines Teils dieser Bedingungen hat keinen Einfluss auf die Bedingungen als Ganzes. Gültige Klauseln, sofern ihre Durchsetzung unabhängig von nichtigen oder nicht durchsetzbaren Klauseln möglich bleibt, bleiben für die Parteien weiterhin rechtsverbindlich. Ungültige Klauseln werden durch gültige Klauseln ersetzt, die die Absicht, die die Parteien mit den ungültigen Klauseln zum Ausdruck bringen wollten, so genau wie möglich wiedergeben.

- 7.2. Im Falle von Widersprüchen zwischen diesen allgemeinen Geschäftsbedingungen und eventuellen Sonderbedingungen haben letztere Vorrang.

Artikel 8 - Datenschutz

- 8.1. Im Rahmen der Verhandlungen über den Abschluss des Kaufs eines Fahrzeugs oder des entsprechenden Zubehörs muss der Käufer dem Verkäufer personenbezogene Daten offenbaren, womit er sich einverstanden erklärt, wodurch die Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung EU 2016/679 vom 27. April 2016) und alle Gesetze, die an ihre Stelle treten sollten und/oder den Schutz personenbezogener Daten zum Gegenstand haben (nachfolgend abgekürzt „DSGVO“ genannt).

- 8.2. Der Verkäufer erklärt, dass er sich an die gesetzlichen Bestimmungen der DSGVO hält. Die personenbezogenen Daten des Käufers dürfen vom Verkäufer nur für den strikten Zweck der Verhandlung, des Abschlusses, der Durchführung und der Auflösung des Kaufvertrags sowie aller damit verbundenen Streitigkeiten verwendet werden. Der Käufer erteilt auch seine Zustimmung für ihre Nutzung, um es dem Verkäufer zu ermöglichen, dem Käufer mithilfe jeglicher Kommunikationsmittel Informationen über seine Geschäftstätigkeit zukommen zu lassen.

Diese Daten können vom Verkäufer insbesondere so lange aufbewahrt werden, wie er zu irgendeiner Garantie verpflichtet ist und solange etwaige Streitigkeiten über den

Kaufvertrag, seinen Abschluss, seine Erfüllung und/oder seine Auflösung andauern.

- 8.4. Der Verkäufer verpflichtet sich jedoch, die ihr vorliegenden personenbezogenen Daten des Käufers nicht an eine dritte, ihr fremde Stelle weiterzugeben, außer im Rahmen der Vergabe von Unteraufträgen zur Verarbeitung personenbezogener Daten und in Übereinstimmung mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen und für die Umsetzung der gesetzlichen oder vertraglichen Garantie.

- 8.5. Der Käufer, dessen personenbezogene Daten verarbeitet werden, hat das Recht auf Zugang, Berichtigung und Widerspruch gegen die Verarbeitung seiner Daten.

Diese Rechte können in Übereinstimmung mit der DSGVO durch eine einfache Anfrage per Post, die an die für die Verarbeitung zuständige Person des Verkäufers gerichtet ist, ausgeübt werden, wobei die Identität und ein legitimer Grund, falls dieser von der DSGVO gefordert wird, nachgewiesen werden müssen.

Der Käufer kann unter denselben Bedingungen wie im vorherigen Absatz auf seine archivierten Daten zugreifen.

- 8.6. Der Verkäufer verpflichtet sich, keine der in seinem Besitz befindlichen personenbezogenen Daten an Dritte weiterzugeben, es sei denn, dies geschieht im Rahmen der Anwendung einer Rechts- oder Ordnungsvorschrift oder zum Zwecke der normalen Unternehmensverwaltung und des Zwecks, zu dem ihr die Daten offengelegt wurden.

- 8.9. Der Verkäufer informiert den Käufer, der dies akzeptiert, darüber, dass sie die Möglichkeit hat, die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten in Übereinstimmung mit der DSGVO an einen Subunternehmer zu vergeben.

Der Verkäufer legt dem Käufer die Identität etwaiger Subunternehmer sowie der zuständigen Person für die Verarbeitung personenbezogener Daten in seinem Unternehmen offen.

Artikel 9 – Gesetz, Gerichtsbarkeit und Anti-Geldwäsche-Bestimmung

- 9.1. Die vorliegenden Bedingungen und der mit dem Käufer geschlossene Kaufvertrag unterliegen dem luxemburgischen Gesetz.

- 9.2. Alle Streitigkeiten, die in Bezug auf die Anwendung und die Auslegung der vorliegenden Bedingungen und des mit dem Käufer geschlossenen Kaufvertrags entstanden sind oder entstehen, unterliegen der Gerichtsbarkeit des Großherzogtums Luxemburg und je nach Wahl des Verkäufers, der Gerichtsbarkeit an seinem Firmensitz oder einer seiner Betriebsstätten, vorbehaltlich eines Schiedsverfahrens, das die Parteien schriftlich vereinbaren.

- 9.3. Der Käufer versichert, dass er sich bei Vertragsabschluss korrekt und ausreichend identifiziert hat und erklärt, in seinem eigenen Namen und auf seine eigene Rechnung zu handeln.

Wenn der Käufer eine juristische Person ist, weist sich ihr Vertreter durch einen aktuellen Auszug aus dem luxemburgischen Handels- und Gesellschaftsregister (Luxembourg Business Register - LBR) des Niederlassungsortes der juristischen Person aus und diese erklärt, dass sie durch einen ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter handelt. Ebenso erklärt der Vertreter, der erklärt, im Namen und auf Rechnung einer juristischen Person zu handeln, dass er die dafür erforderliche Vertretungsvollmacht besitzt. Andernfalls wird davon ausgegangen, dass er auf eigene Rechnung handelt und er persönlich für die von ihm eingegangenen Verpflichtungen verantwortlich ist.

- 9.4. Bei Barzahlung behält sich der Verkäufer das Recht vor, einen Ausweis des Bezahlers und ein Bankdokument zu verlangen, das die Herkunft des Geldes belegt. Ab einem Betrag von 10.000 € oder mehr für einen selben Vertrag muss diese Bescheinigung zwingend vom Kunden vorgelegt werden.

Der Käufer erklärt, dass er darüber informiert ist, dass der Verkäufer neben seiner Pflicht zur Identifizierung des Käufers auch gesetzlichen Sorgfalts- und Kontrollpflichten zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismus unterliegt. Letzterer erklärt sich damit einverstanden, jeder diesbezüglichen Aufforderung des Verkäufers nachzukommen. Der Verkäufer ist im Übrigen verpflichtet, diese Informationen für mindestens fünf Jahre nach dem Verkauf oder der Beendigung der Geschäftsbeziehung aufzubewahren.

Artikel 10 - Teilbarkeit

- 10.1. Die Nichtigkeit oder Nichtdurchsetzbarkeit eines Teils dieser Bedingungen hat keinen Einfluss auf die Bedingungen als Ganzes. Gültige Klauseln, sofern ihre Durchsetzung unabhängig von nichtigen oder nicht durchsetzbaren Klauseln möglich bleibt, bleiben für die Parteien weiterhin rechtsverbindlich. Ungültige Klauseln werden durch gültige Klauseln ersetzt, die die Absicht, die die Parteien mit den ungültigen Klauseln zum Ausdruck bringen wollten, so genau wie möglich wiedergeben.

- 10.2. Im Falle von Widersprüchen zwischen diesen allgemeinen Geschäftsbedingungen und eventuellen Sonderbedingungen haben letztere Vorrang.

Artikel 11: Besondere Bestimmungen Reifen

Seit dem 1. Mai 2021 sind die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2020/740 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere Parameter, die die Verordnung (EU) 2017/1369 ändern und die Verordnung (EG) Nr. 1222/2009 aufheben, in Kraft.

Gemäß der oben genannten Verordnung muss der Verkäufer vor dem Verkauf des Fahrzeugs an den Käufer ein Energieetikett der Reifen bereitstellen. Das Etikett wird auf dem offiziellen Konfigurator für den luxemburgischen Markt der Marke des Fahrzeugs, das Gegenstand des vorliegenden Vertrags ist, angezeigt und dem Käufer vor dem Verkauf zur Verfügung gestellt. Der Käufer kann auch jederzeit ein Reifeninformationsblatt auf Papier oder in digitaler Form anfordern.

Für weitere Informationen zur Reifenkennzeichnung kann sich der Kunde an einen Vertreter der Gesellschaft wenden.

Mit der Akzeptierung dieser allgemeinen Geschäftsbedingungen bestätigt der Käufer, dass er sich über die technischen Spezifikationen sowie die Kennzeichnung der ausgewählten Reifen, die Gegenstand des vorliegenden Vertrags sind, informiert hat.

CONDITIONS GENERALES DE VENTE (recommandées par la FEDAMO)

Généralités:

Les ventes et livraisons de véhicules neufs ou d'occasion et de toutes pièces et accessoires conclus entre la Société MECAN S.A., ci-après « la Société » ou « le vendeur » d'une part, et le « Client » ou « l'acheteur » d'autre part, se font aux conditions générales de vente reprises ci-après à l'exclusion de toutes autres conditions, sauf accord écrit et signé par la Société.

Ces conditions générales peuvent être consultées sur le site internet officiel de la Société renseigné sur ses documents commerciaux.

Les réparations et interventions d'entretien sur les véhicules achetés sont faites après livraison conformément aux conditions générales « Réparation » que l'acheteur déclare s'être vu remettre et par conséquent accepter.

Formation du contrat

L'offre émise par la Société est valable pendant le délai d'un mois à partir de son émission et est soumise aux présentes conditions générales. La Société peut modifier les présentes conditions générales jusqu'à l'acceptation de l'offre sous condition de les notifier au Client sans que ceci emporte une prolongation de la validité de l'offre.

Les conditions générales applicables à la vente sont celles en vigueur à la date de l'entrée en vigueur du contrat de vente.

Les offres de prix émises par la Société ne lient qu'après signature d'un bon de commande valant acceptation par le Client. En acceptant l'offre ou en signant le bon de commande, le Client passe une commande définitive et irrévocable.

Article 1 – Délai et lieu de livraison, transfert des risques

- 1.1. Le délai de livraison indiqué au contrat de vente, même libellé par référence à une date précise, n'est donné qu'à titre indicatif. L'acheteur a connaissance que le vendeur est tributaire de contraintes et conditions qui lui sont extérieurs et non imputables telles que la fabrication des véhicules, la disponibilité de matériaux et pièces, l'importation et le dédouanement...etc, facteurs qui tous peuvent influer sur le délai de livraison et conduire à son report.
- 1.2. Le délai de livraison prend cours le jour qui suit celui de la signature du contrat de vente par l'acheteur, sauf stipulation contraire. Ce délai est toutefois suspendu en cas de demande de financement auprès du vendeur ou d'une société liée au vendeur et ce jusqu'à la date de l'accord ou du refus du financement.
- 1.3.1. Le défaut de livraison dans le délai donné à titre indicatif ne peut donner lieu, ni à une résiliation du contrat de vente du véhicule, ni à une diminution du prix ou à des dommages-intérêts.

1.3.2. Lorsque le vendeur ne peut pas respecter le délai de livraison indiqué, il en informe l'acheteur immédiatement par lettre recommandée ou par tout autre moyen de communication, p.ex. par téléphone, par e-mail...etc fournissant les raisons du retard et l'éventuel nouveau délai de livraison s'il est connu. L'acheteur peut se voir imposer, sans droit à indemnité et sans droit de résiliation du contrat, une prolongation du délai de livraison.

Seulement en cas de dépassement de ce nouveau délai prolongé et en cas de non-respect par le vendeur de son obligation de notification de la prolongation de délai, l'acheteur peut résilier le contrat par lettre recommandée, sans mise en demeure préalable.

En cas de résiliation, tout acompte éventuellement déjà réglé est remboursé dans les 8 jours de calendrier suivant la réception de la notification de cette résiliation.

- 1.4. Lorsque l'acheteur renonce au contrat ou s'il ne prend pas livraison du véhicule dans les 10 jours de la date à laquelle il y aura été invité par écrit, sauf si l'acheteur prouve que le défaut de prise de possession du véhicule est dû à un cas de force majeure, le vendeur a le droit, sans mise en demeure préalable, de procéder à la résolution de la vente avec effet immédiat par lettre recommandée adressée à l'acheteur et de disposer du véhicule selon ses convenances. Dans ce cas de résolution du contrat de vente imputable à l'acheteur, le vendeur est en droit d'exiger au titre de clause pénale de la part de l'acheteur, qui l'accepte moyennant l'adhésion aux présentes conditions, le paiement d'une indemnité forfaitaire de 20 % du prix de vente total du véhicule, toutes options commandées comprises. Si le vendeur prouve par des circonstances particulières avoir subi un préjudice supérieur du fait de l'annulation de la vente, il peut exiger de l'acheteur le paiement d'une indemnité supérieure à 20 % du prix de vente.

Si l'acheteur a payé un acompte sur le prix de vente, celui-ci peut être retenue par le vendeur à due concurrence par compensation en paiement de l'indemnité précitée.

L'acheteur donne par les présentes mandat formel et irrévocable au vendeur de signer en son nom toute déclaration de transfert qui serait rendue nécessaire pour donner effet à l'annulation de la vente, notamment de signer toute déclaration auprès du service d'immatriculation.

- 1.5. Si la construction du véhicule commandé venait à être abandonnée par le constructeur, fait qui s'impose au vendeur comme cas de force majeure, le contrat avec l'acheteur est résolu de plein droit, sans droit à indemnité pour l'acheteur. Dans cette hypothèse, toute somme éventuellement déjà versée par l'acheteur au vendeur lui sera restituée endéans huitaine de la confirmation définitive du fabricant de l'arrêt de production.
- 1.6. Sauf accord écrit contraire et convenu entre parties, le lieu de livraison du véhicule se fait au siège du vendeur.
- 1.7. L'acheteur assume tous les risques relatifs au véhicule à partir de sa livraison effective.

Article 2 – Prix

- 2.1. Le prix de vente du véhicule indiqué à l'acheteur est le prix TVA et toutes taxes accessoires comprises. Le taux de TVA est celui applicable selon la réglementation en vigueur au jour de la livraison et de la facturation du prix de vente.
- 2.2. Les prix hors taxes indiqués au contrat de vente ne peuvent subir aucune majoration, sans préjudice de l'application des dispositions suivantes.
- 2.3. Le vendeur peut augmenter le prix convenu en fonction de l'évolution du prix du marché, notamment si depuis la commande les conditions d'achat imposées au vendeur par le fabricant, l'importateur ou le concessionnaire de la marque du véhicule acheté

ont subi des variations. Au cas où le prix convenu devait ainsi être augmenté, le vendeur a l'obligation d'en informer l'acheteur immédiatement par une lettre recommandée dans laquelle il doit être fait mention du montant de l'augmentation préconisée, des circonstances qui ont conduit à cette augmentation. L'acheteur a le droit de résoudre le contrat, si cet ajustement devait comporter une augmentation de plus de 5% du prix total figurant dans le contrat. Une telle résolution n'emportera ni pour le vendeur ni pour l'acheteur un quelconque droit à indemnité ou dédommagement de quelque nature que ce soit.

L'acheteur qui n'accepte pas l'augmentation de prix de plus de 5 % au prix convenu est tenu de résoudre le contrat d'achat par lettre recommandée dans les dix jours de calendrier après la réception de la communication de la hausse de prix. En ce cas l'acheteur obtiendra le remboursement des acomptes sans intérêts, sans frais et sans aucune indemnité. Après expiration de ce délai, l'acheteur est censé avoir accepté cette hausse du prix et le contrat est réputé conclu au prix ainsi augmenté.

En cas de résolution du contrat comme suite à une telle hausse de prix, l'acompte éventuel payé par l'acheteur lui sera remboursé dans les huit jours de calendrier suivant la réception de la lettre de résolution de l'acheteur.

- 2.4. Lorsque la date initialement convenue pour la livraison est dépassée par le seul fait du vendeur, le prix convenu hors taxes ne peut subir aucune majoration du fait de cette prolongation de délai si celle-ci entraînerait une hausse du prix d'achat de la voiture imposée au vendeur.
- 2.5. Le prix des équipements légalement obligatoires fixés à demeure est réputé inclus dans le prix annoncé.
- 2.6. Toutes taxes généralement quelconques rédues sur la vente conformément aux lois luxembourgeoises, y comprises les taxes d'immatriculation, sont à la charge de l'acheteur.
- 2.7. L'acheteur déclare accepter, sans droit à indemnité à son profit, que le vendeur voire le constructeur apporte des modifications aux caractéristiques techniques et/ou aux performances du modèle de véhicule acheté, dans la mesure où des exigences ou améliorations techniques bénéfiques à la sécurité et/ou au confort du véhicule et son maniement rendent de telles modifications nécessaires ou recommandables. Le modèle livré doit toutefois rester dans ses caractéristiques fondamentales identique à celui présenté et décrit à la commande.

Article 3 – Paiement

- 3.1. Le vendeur est en droit d'exiger de l'acheteur le paiement d'un acompte sur le prix de vente jusqu'à 30 % du prix de vente au moment de la commande. Tant que cet acompte n'est pas payé, le vendeur n'est pas tenu de transmettre la commande au constructeur et le délai de livraison prévu au contrat de vente est tenu en suspens ou prolongé du temps équivalent au retard pris par l'acheteur à payer l'acompte convenu. Si le paiement de l'acompte dépasse de plus de deux mois la date de la commande, et après mise en demeure par lettre recommandée à l'adresse de l'acheteur lui accordant un dernier délai de 8 jours calendaires pour s'acquitter de l'acompte, le vendeur est autorisé à considérer la vente comme résolue par le fait de l'acheteur. Dans ce cas s'applique le § 1.4. des présentes conditions. Le vendeur en avise l'acheteur par lettre recommandée.

- 3.2. Le paiement de la totalité du prix ou du solde en cas de paiement d'un acompte, se fait au comptant au moment de la livraison, sauf convention expresse contraire. Le montant impayé à l'échéance prévue ci-avant porte de plein droit et sans mise en demeure un intérêt au taux légal tel que prévu par la « loi du 18 avril 2004 telle que modifiée relative aux délais de paiement et aux intérêts de retard » à partir de la livraison ou à partir de la date de mise à disposition du véhicule en cas de rétention de celui-ci par le vendeur pour non-paiement du prix.

- 3.3. Si le paiement de la totalité du prix de vente ou du solde resté n'a pas été effectué dans les 10 jours calendrier à dater de l'envoi à l'acheteur d'une lettre recommandée valant mise en demeure de prendre réception de l'objet vendu et d'en payer le prix, le vendeur peut procéder à la résolution de la vente avec effet immédiat par lettre recommandée adressée à l'acheteur, sans préjudice du droit du vendeur de demander à l'acheteur paiement des intérêts au taux légal mentionnés ci-dessus, de l'indemnité conventionnelle forfaitaire de 20 % du prix de vente prévue à la clause 1.4 ci-dessus, outre tous frais éventuels de recouvrement et frais de justice ainsi que les frais éventuels de ré-immatriculation du véhicule qui sont à charge de l'acheteur défaillant.

- 3.4. Tant que le paiement entier du prix de vente n'est pas effectué par l'acheteur, le vendeur est dispensé de devoir procéder à l'immatriculation du véhicule acheté au nom de l'acheteur ou de l'entité juridique par lui désignée au contrat de vente. Le retard en résultant de cette immatriculation ne peut être imputé au vendeur et ne peut valoir à son détriment dépassement du délai de livraison.

- 3.5. Le véhicule reste la propriété du vendeur jusqu'au paiement intégral du prix, en principal, intérêts et frais, ceci nonobstant toute indication contraire insérée dans des documents administratifs, tels que carte grise, attestation d'assurance, etc.

Jusqu'au complet paiement du prix de vente, le véhicule reste en possession du vendeur et l'acheteur ne peut en disposer ni à titre gratuit, ni à titre onéreux, tout comme il ne peut donner le véhicule en gage, prêt ou location.

- 3.6. Toute erreur ou non-conformité à la commande sur une facture doivent être dénoncées par le Client à la Société, sous peine de forclusion, dans les 15 jours de la réception de la facture.
- 3.7. A partir de l'information de la mise à disposition du véhicule par le vendeur par écrit (lettre, e-mail, etc.), l'acheteur qui ne prend pas possession du véhicule au lieu de livraison convenu endéans les huit (8) jours de cette information :

- a. pourra se voir facturer une indemnité journalière de stationnement du véhicule acheté non livré au minimum de 80 €, valeur indice 889,52 (indice à la consommation de base 100) par journée de calendrier jusqu'à enlèvement du véhicule acheté par le client. Ce montant est annuellement adapté aux variations de l'indice des prix à la consommation de base 100. Cette indemnité sera censée faire partie du prix de vente et s'appliqueront

en cas de non-paiement de cette indemnité les § 3.2. à 3.5.

- b. assumera seul et pleinement les risques de la chose vendue et le véhicule restera stationné chez le vendeur ou chez un tiers par lui librement désigné aux seuls risques et périls et aux frais de l'acheteur.

Article 4 – Garantie légale

- 4.1. L'action en garantie de conformité dont dispose l'acheteur est régie par les articles L-212-1 et suivants du Code de la consommation.

Les défauts de conformité de l'objet vendu sont garantis dans la mesure où le défaut est dénoncé dans le délai prescrit par la loi à compter de la date de livraison du véhicule. Tout vice ou défaut apparent au véhicule est à dénoncer sous peine de forclusion à la Société immédiatement à la livraison du véhicule.

- 4.2. Une période de garantie plus courte, mais en tout cas d'au moins un an, peut être convenue si la vente porte sur un véhicule d'occasion. Est réputé véhicule d'occasion pour l'application de la garantie de conformité un véhicule dont la première mise en circulation a eu lieu il y a plus d'une année.

4.3. Exclusions de responsabilité

- 4.3.1. La Société ne pourra en aucun cas être responsable des dommages indirects subis par le Client (p.ex. manque à gagner, perte de revenu, etc.)

- 4.3.2. La responsabilité de la Société ne pourra pas être engagée en cas de survenance d'un cas de force majeure et d'événements indépendants de sa volonté (p.ex. défaillance du sous-traitant, du fournisseur, modification du contrat de base, force de la nature, catastrophe naturelle, inondation, pandémie, etc.).

- 4.3.3. La Société n'assumera aucune responsabilité pour les erreurs provenant de données inexactes, imprécises, incomplètes ou non conformes fournies par le Client ou son représentant.

- 4.3.4. La Société n'assumera aucune responsabilité en cas d'usage du véhicule non conforme aux instructions et recommandations issues du manuel d'utilisation fourni, de même qu'en cas de non-respect par le Client des consignes d'entretien d'un fabricant auprès d'un réparateur par lui agréé.

Article 5 – Garantie dite « commerciale »

Toute garantie conventionnelle dite « commerciale » fera l'objet d'une convention écrite séparée.

Article 6 – Reprises

Les véhicules d'occasion repris par le vendeur le seront dans l'état tel que fixé dans un constat signé entre parties

Sauf accord contraire des parties, le véhicule de reprise est à remettre le jour de la livraison du véhicule neuf dans l'état dans lequel il se trouvait le jour de la conclusion du contrat de vente.

Toute modification quelconque de l'état du véhicule de reprise entre la signature du constat contradictoire et la livraison du véhicule repris ouvre l'option au vendeur, soit d'annuler la convention de reprise et d'exiger le paiement monétaire par l'acheteur de la valeur de la reprise, soit de réduire le prix convenu de la reprise en fonction de la diminution de valeur du véhicule repris depuis la date de l'état contradictoire précité.

Le véhicule de reprise doit être propre et soigné au moment de la reprise afin de pouvoir procéder au contrôle final.

La reprise du véhicule ne pourra avoir lieu que sous condition que le propriétaire fournisse à la livraison les éléments suivants : toutes les clés de la voiture reprise, le certificat de conformité, la déclaration de cession (leasing) le cas échéant, les deux volets (jaune et gris) du certificat d'immatriculation, le code radio et de l'ordinateur de bord, le carnet d'entretien, le manuel d'utilisation, la fiche de contrôle technique, le téléphone le cas échéant, les écrous anti-voil pour les jantes et douille anti-voil, la roue de secours, le triangle de signalisation, l'outillage et la trousse de secours ainsi que le certificat d'agrégation des accessoires supplémentaires, la facture d'origine, les jantes d'origine et les jantes d'hiver le cas échéant. Le défaut d'un ou de plusieurs de ces éléments faisant partie intégrante et nécessaire de la reprise autorise le vendeur à la refuser et choisir de faire application de l'alinéa 3.

Article 7 – Validité partielle des conditions de vente

- 7.1. Toute nullité ou inapplicabilité en partie des présentes conditions générales n'affectent pas les conditions dans leur ensemble. Les clauses valides, à condition que leur mise en œuvre reste possible indépendamment des clauses nulles ou inapplicables, continuent à faire la loi des parties. Les clauses invalides seront remplacées par des clauses valides traduisant de manière la plus fidèle possible l'intention que les parties voulaient exprimer à travers les clauses invalides.
- 7.2. En cas de contradiction entre les présentes conditions générales de vente et d'éventuelles conditions particulières, ces dernières priment.

Article 8 – Protection des données

- 8.1. Dans le cadre de la négociation de la conclusion de l'achat d'un véhicule ou d'accessoires y relatifs, l'acheteur sera amené à révéler au vendeur des données à caractère personnel, ce qu'il déclare accepter, rendant applicable le Règlement Général sur la Protection des Données (Règlement UE 2016/679 du 27 avril 2016) et de toute législation qui devait lui être substituée et/ou avoir pour objet la protection des données personnelles (ci-après dénommé en abrégé « RGPD »).
- 8.2. Le vendeur déclare se conformer aux dispositions légales du RGPD.

- 8.3. Les données à caractère personnel de l'acheteur ne peuvent être utilisées par le vendeur que pour la stricte finalité de la négociation, de la conclusion, de l'exécution, de la résolution du contrat de vente et de tous litiges y relatifs. Elles peuvent également, et l'acheteur y consent, être utilisées aux fins de permettre au vendeur de diffuser par tout moyen de communication les informations relatives à ses activités commerciales à l'acheteur.

Ces données pourront être conservées par le vendeur notamment aussi longtemps qu'il sera tenu à une quelconque garantie et tant que dureront d'éventuels litiges port-

ant sur le contrat de vente, sa conclusion, son exécution et/ou sa résolution.

- 8.4. Le vendeur s'engage cependant à ne pas divulguer les données à caractère personnel de l'acheteur dont il dispose à une entité tierce qui lui est étrangère, sauf dans le cadre de la sous-traitance du traitement des données à caractère personnel et en conformité avec les dispositions légales en vigueur et pour la mise en œuvre des garanties légales ou contractuelles.

- 8.5. L'acheteur dont les données à caractère personnel sont traitées, bénéficie des droits d'accès, de rectification et d'opposition au traitement de ses données.

Ces droits peuvent être exercés, en conformité avec le RGPD par simple demande par courrier postal au responsable du traitement à l'adresse du vendeur en justifiant de son identité et d'un motif légitime s'il est exigé par le RGPD.

L'acheteur peut accéder à ses données archivées sous les mêmes conditions qu'à l'alinéa précédent.

- 8.6. Le vendeur s'engage à ne divulguer aucune des données à caractère personnel dont il est détenteur à des tiers, sauf dans le cadre de l'application d'une disposition légale ou réglementaire, ou encore aux fins de la gestion normale d'entreprise et de la finalité pour laquelle ces données lui ont été révélées.

- 8.9. Le vendeur informe l'acheteur, qui l'accepte, qu'il a la faculté de sous-traiter le traitement de ses données à caractère personnel en conformité avec le RGPD.

Le vendeur révélera à l'acheteur l'identité d'une part de tout éventuel sous-traitant ainsi que d'autre part du responsable du traitement des données à caractère personnel au sein de son entreprise.

Article 9 – Loi, juridiction et disposition anti-blanchiment

- 9.1. Les présentes conditions et le contrat de vente conclu avec l'acheteur sont soumis à la loi luxembourgeoise.

- 9.2. Toute contestation née ou à naître au sujet de l'application et de l'interprétation des présentes conditions et du contrat de vente conclu avec l'acheteur relèvent des juridictions du Grand-Duché de Luxembourg et, au choix du vendeur, des juridictions de son siège social ou d'un de ses lieux d'exploitation, sous réserve de la procédure d'arbitrage dont conviendraient par écrit les parties.

- 9.3. L'acheteur affirme s'être lors de la conclusion du contrat correctement et suffisamment identifié et déclare agir en son propre nom et pour son propre compte.

Si l'acheteur est une personne morale, son représentant s'identifie moyennant un extrait récent du registre de commerce et des sociétés de Luxembourg (Luxembourg Business Register – LBR) du lieu d'établissement de la personne morale et celle-ci déclare agir par un agent dûment habilité à le représenter. De même, l'agent qui déclare agir au nom et pour compte d'une personne morale déclare avoir les pouvoirs de représentation nécessaires à cet effet. Dans le cas contraire, il est censé agir pour son propre compte et il est personnellement responsable des engagements qu'il a souscrits.

- 9.4. En cas de paiement en espèces, le vendeur se réserve la faculté de demander une pièce d'identité du payeur et un document bancaire attestant de la provenance des fonds. A partir d'un montant égal ou supérieur de 10.000.-€ pour un même contrat, cette attestation devra être obligatoirement fournie par le client.

L'acheteur déclare être informé que le vendeur est soumis à des obligations légales de vigilance et de contrôle contre le blanchiment d'argent et le terrorisme, outre son obligation d'identification de l'acheteur. Ce dernier déclare accepter de répondre à toute demande du vendeur en ce sens. Le vendeur a par ailleurs obligation de conserver ces informations pendant cinq ans au moins à compter de la vente ou de la fin de la relation d'affaires.

Article 10 – Divisibilité

- 10.1. Toute nullité ou inapplicabilité en partie des présentes conditions générales n'affecte pas les conditions dans leur ensemble. Les clauses valides, à condition que leur mise en œuvre reste possible indépendamment des clauses nulles ou inapplicables, continuent à faire la loi des parties. Les clauses invalides seront remplacées par des clauses valides traduisant de manière la plus fidèle possible l'intention que les parties voulaient exprimer à travers les clauses invalides.

- 10.2. En cas de contradiction entre les présentes conditions générales de vente et d'éventuelles conditions particulières, ces dernières priment.

Article 11 : Dispositions spécifiques pneus

Depuis le 1er mai 2021, les dispositions du Règlement (UE) 2020/740 du Parlement Européen et du Conseil du 25 mai 2020 sur l'étiquetage des pneumatiques en relation avec l'efficacité en carburant et d'autres paramètres, modifiant le règlement (UE) 2017/1369 et abrogeant le règlement (CE) no 1222/2009 sont en vigueur.

Conformément au règlement susmentionné, le vendeur doit fournir une étiquette énergétique des pneus avant la vente du véhicule à l'acheteur. L'étiquette est affichée sur le configurateur officiel pour le marché luxembourgeois de la marque du véhicule faisant l'objet du présent contrat, et est mise à disposition de l'acheteur avant la vente. L'acheteur peut également à tout moment demander une fiche d'information sur les pneus sur support papier ou sous forme digitale.

Pour de plus amples informations sur l'étiquetage des pneus, le Client peut consulter un représentant de la Société.

En acceptant les présentes conditions générales, l'acheteur confirme s'être renseigné sur les spécifications techniques ainsi que l'étiquetage des pneumatiques choisis faisant l'objet du présent contrat.